

Der Streik an der US-Westküste gegen den Krieg Erste Bilanz

Am 1. Mai organisierte die International Longshore and Warehouse Union (ILWU – Hafenarbeitergewerkschaft) eine Arbeitsniederlegung gegen die Kriege im Irak und Afghanistan und für den sofortigen Abzug der Besatzungstruppen. Nach Angaben der ILWU beteiligten sich rund 25.000 Arbeiter an dem Streik. 29 Häfen der Westküste – von San Diego in Südkalifornien bis Seattle im US-Staat Washington – waren betroffen. Allein Los Angeles und das benachbarte Long Beach sind Umschlagplätze für 10.000 Container pro Schicht.

Die Organisation der Spediteure und der Terminal- und Hafenunternehmer, die Pacific Maritime Association, musste diese Zahlen bestätigen, versuchte aber gleichzeitig die finanzielle Tragweite der Aktion herunterzuspielen. Ein Sprecher des Verbundes der Einzelhändler (National Retail Federation) behauptete sogar, „Dies geschieht jedes Jahr, Spediteure und Händler kennen das“ (*Los Angeles Times*, 2. Mai 2008). In Wirklichkeit ist der Erste Mai in den USA kein Feiertag und normalerweise kein besonderer Tag für Arbeitskämpfe, nicht mal an der Westküste, obwohl es immer wieder größere Demonstrationen von eingewanderten Arbeitern in den letzten paar Jahren gab.

Trotz dieser Verlautbarungen versuchte die PMA, die Arbeitsniederlegung zu stoppen. Die ILWU wollte diese als Mitgliederversammlung deklarieren, die laut Tarifvertrag der Gewerkschaft zusteht. Die PMA wehrte sich dagegen und forderte die Schlichtung. Natürlich entschied der Schlichter, dass die ILWU ihre Mitglieder zur Arbeit beordern musste.

Erste Fazit: diese Entscheidung wurde einfach ignoriert (wie etwa die Bergarbeiter einen Befehl vom damaligen Präsidenten Carter zur Wiederaufnahme der Arbeit in den Kohlenbergwerken 1978 ignorierten). „Hafenarbeiter sind keine Sklaven“, sagte Clarence Thomas, Mitglied der Führung der ILWU Ortsverband 10 zu Amy Goodman in der Radiosendung *Democracy Now!*, „Sie können uns nicht zur Arbeit zwingen.“

Der Sprecher der PMA äußerte seine „Besorgnis“. „Was die Gewerkschaft sagt, und was sie tut, sind zwei verschiedene Sachen. Dies ist offener Ungehorsam“, fugte er hinzu (*New York Times*, 2. Mai). Es gibt ein Bericht, dass die Firma SSA (Stevedoring Services of America) versuchte, Streikbrecher im Hafen von Oakland einzusetzen.

Wie zu erwarten war, wollte ILWU-Präsident Bob McEllrath den Streik einen „patriotischen“ Anstrich geben: „Wir unterstützen unsere Soldaten und sagen den Politikern in Washington, dass es an der Zeit ist, den Krieg im Irak zu beenden“, hieß es in einer Erklärung (von Afghanistan war nicht die Rede). Erinnern wir uns aber an dem ursprünglichen Antrag, wie er auf der Delegiertenversammlung (Coast Caucus) am 8. Februar verabschiedet wurde: es ist nirgends die Rede von „unsere Soldaten“. Außerdem erklärte der Antrag vom Ortsverband 10 der ILWU in San Francisco: „Während viele Gewerkschaften und die überwältigende Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung den nicht zu rechtfertigenden Krieg im Irak und Afghanistan mittlerweile ablehnen, unterstützen die zwei größten Parteien, Demokraten und Republikaner, diese Kriege weiterhin finanziell.“ Dies ist letztendlich ein Gegensatz zur offiziellen Unterstützung von Barack Obama seitens der Gewerkschaftsführung.

Der Ablauf der Coast Caucus soll auch nicht vergessen werden: McEllrath und Konsorten fragte wiederholt, „seid ihr sicher, dass ihr diese Aktion wirklich durchführen wollt?“ Die Antwort war: ja! In dem vergeblichen Versuch, eine Auseinandersetzung mit der PMA zu vermeiden, wurde der

Aufruf für einen 24-stündigen Streik zu einer achtstündigen Arbeitsniederlegung verwässert. Die ILWU-Spitzen konnten aber die Abstimmung, 100 dafür, 3 dagegen, nicht einfach ignorieren. Zu betonen ist, dass sogar normalerweise konservative Vietnamkriegsveteranen sich massiv hinter den Antrag gestellt haben.

Es sei auch zu betonen, dass dieses Ereignis nicht vom Himmel gefallen, sondern das Ergebnis einer politischen Kampagne ist. Ortsverband 10 der ILWU hatte schon zu einer „Gewerkschaftskonferenz zur Beendigung des Krieges“ für den 20. Oktober 2007 aufgerufen. Um den gegenwärtigen blutigen Krieg und die koloniale Besetzung Iraks zu beenden, müsse die organisierte Arbeiterschaft ihre Macht einsetzen. Weiter heißt es im Aufruf, dass der „Krieg gegen den Terror“ in Wahrheit ein „Krieg gegen die Werktätigen und gegen die demokratischen Rechte“ sei. „Die organisierte Arbeiterschaft muss sich ihrer Macht bewusst werden und ihren Widerstand auf die Straße, vor die Fabriktore und auf die Hafenkais tragen, um einen sofortigen und vollständigen Abzug aller US-Truppen aus Afghanistan und Irak zu erzwingen!“

Verschiedene Gewerkschaften haben diese Arbeitsniederlegung auf dem Papier unterstützt, nur einige machten den Versuch, ihre Solidarität in irgendeiner Form in der Tat umzusetzen. Am wichtigsten war zweifelsohne der Hafenarbeitergewerkschaft des Irak – unter den extrem schwierigen Bedingungen der Besetzung und der konfessionellen Kämpfe ist der Hafen von Basra für einigen Stunden stillgelegt und eine Solidaritätsbotschaft an die ILWU geschickt worden. Sonst hat es Schweigeminuten gegeben, die von der APWU (Postgewerkschaft) in New York, Greensboro in North Carolina und Berkeley in Kalifornien organisiert wurden. Eine dreistündige Informationsveranstaltung und Versammlung wurde von der Professional Staff Congress (Lehrergewerkschaft an den städtischen Universitäten von New York City) organisiert. Wir sind hier erst am Anfang.

Die Aktion der ILWU wurde außerdem von einigen Lastwagenfahrer und anderen Arbeitern tatkräftig in den Häfen unterstützt Robert Irminger, stellvertretender Vorsitzender der Inland Boatman's Union in der Region San Francisco, zufolge: „An diesen Morgen sind ungefähr 50 von uns zusammen mit Direct Action to Stop the War zu den Kais gegangen und hielten Streikposten vor dem Bahnhof der Union Pacific fest. Wir blockierten zwei Tore und die Eisenbahner haben zwei Stunden lang nicht gearbeitet.“ (Bericht auf der Internetseite des Socialist Worker, 2. Mai).

Viele der Lastwagenfahrer sind selbständig (oder scheinselfständig...), aber viele sind auch gleichzeitig eingewanderte Arbeiter. Es gab einige Klagen über den Einkommensausfall am 1. Mai, aber sogar die *New York Times* (2. Mai) berichtet: „Ich bin angekommen, bereit loszulegen“; sagte César Lara, 41 Jahre alt, ein Einwohner aus Richmond, Kalifornien, geboren in Zacatecas, Mexiko. „Sie sagten mir, es gab Streikposten, aber wenn ich wollte, könne ich rein. Aber ich unterstützte sie und will den Krieg beenden.“ Die Arbeitsniederlegung der ILWU lief parallel zu verschiedenen Aktionen von selbständigen Lastwagenfahrern, z.B. zu einem zweitägigen Streik/Blockade in New Jersey gegen hohe Benzinpreise, wobei der Krieg wahrscheinlich auch zur Sprache kam.

Der Bericht der *New York Times* bemerkt die Überschneidung von Protesten in der Versammlung vor dem Hafen von Seattle rund um Einwanderung und Wirtschaft, die Vermischung von Mitgliedern der Automobil- und Dienstleistungsgewerkschaften und „erklärten Sozialisten“ (was immer die *Times* darunter versteht).

Es gibt kein Grund zur Selbstzufriedenheit, dies ist nur ein Vorgeschmack auf die Macht der Arbeiter. Der massive Unmut in der amerikanischen Bevölkerung wird jetzt weitgehend in einer Unterstützung der „kleineren Übel“ kanalisiert. Die Opposition zum Krieg wird immer noch in der

strategischen Sackgasse als Druck auf die Demokratische Partei geführt (einschließlich durch so genannte unabhängige Kandidaten und Parteien). Die Aktion der ILWU konnte nur, wie der Aufruf vom 8. Februar zum Streik sagte, ein „Weckruf“ sein. Wird diesen Ruf gehört? Er gilt auch arbeitenden Menschen in Europa, die gegen die koloniale Militärbesetzungen ihrer eigenen Regierungen eingestellt sind.